

Pekings langer Arm in der Schweiz

Tibeter in der Schweiz fühlen sich zunehmend überwacht. Der Nachrichtendienst bestätigt das selbstbewusste Auftreten Chinas.

Andrea Kučera

Golog Jigme Gyatso spaziert mit zwei tibetischen Freunden durch den Park hinter dem Landesmuseum in Zürich, als er hinter einem Baum plötzlich eine Silhouette wahrnimmt. Der Mann hat chinesische Gesichtszüge und trägt eine Kamera bei sich, deren Sucher auf ihn gerichtet ist. Golog erschrickt. Der buddhistische Mönch und Menschenrechtsaktivist lebt seit Januar 2015 als politischer Flüchtling in der Schweiz. Er war in Tibet mehrfach gefoltert worden, bevor ihm nach der dritten Festnahme im September 2012 die Flucht aus einem Provinzgefängnis gelang. Eineinhalb Jahre lang hielt er sich in den tibetischen Bergen versteckt, bis er schliesslich im Mai 2014 die indische Grenze erreichte und von dort über London nach Zürich weiterreisen konnte. Zum Zeitpunkt des Vorfalls am Platzspitz wohnt er seit eineinhalb Jahren in Zürich. Als er sich nach dem Mann umdreht, versteckt dieser die Kamera unter dem Mantel und rennt davon.

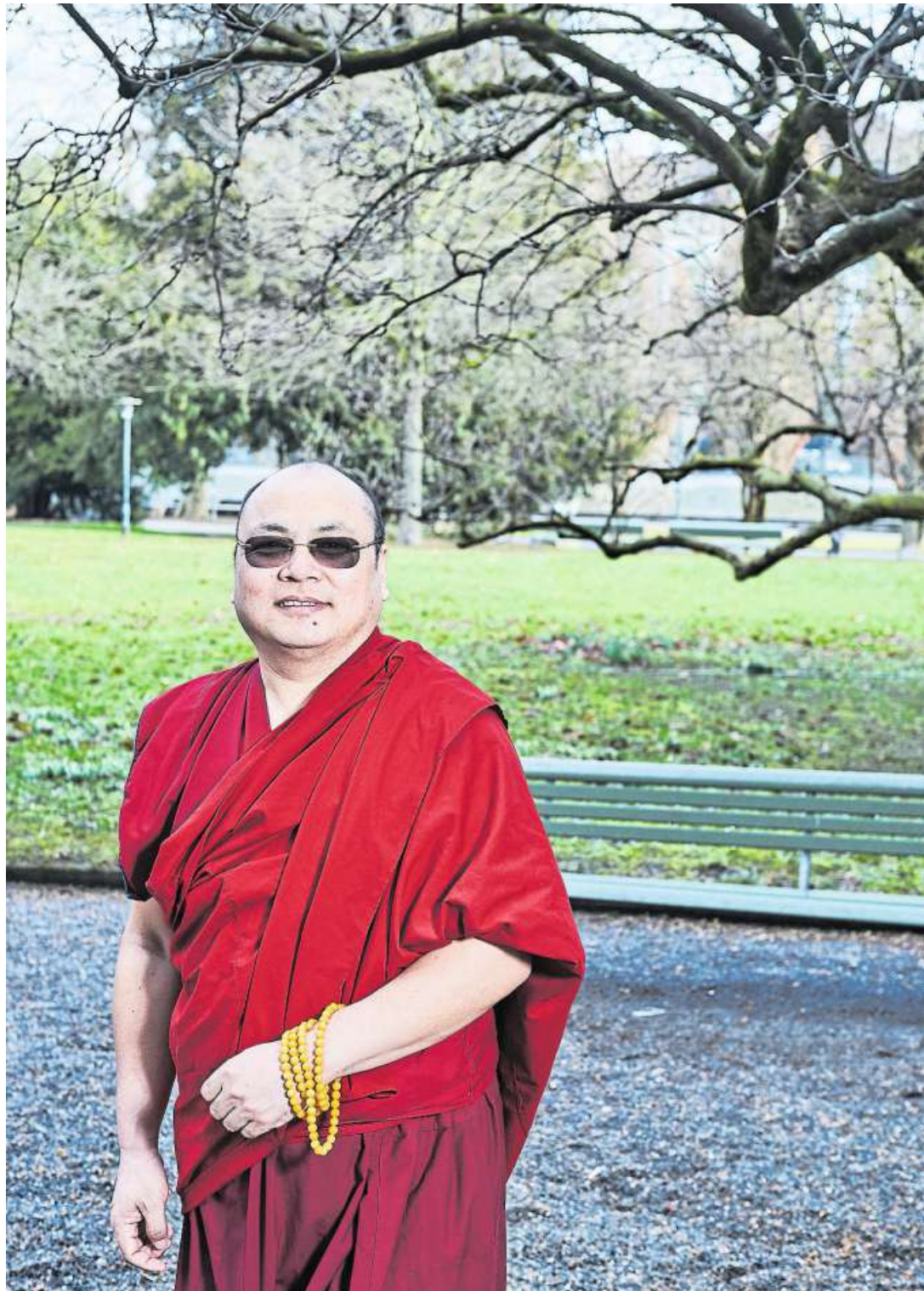
Tibet-Kampagne gestartet

Die Begegnung von Sommer 2016 ist die zweite dieser Art: Im März 2015 wurde er von einem chinesischen Diplomaten am europäischen Hauptsitz der Uno in Genf beobachtet und fotografiert. Zumindest gelangten der Mönch und die Reuters-Journalistin, die sich damals mit Golog in einem Café im Palais des Nations unterhielt, zu diesem Schluss. Als die Reporterin den chinesischen Diplomaten mit seinem Verhalten konfrontierte, machte dieser geltend, er habe nur die Atmosphäre im Uno-Café festhalten wollen. Golog jedoch geht davon aus, dass Peking wissen möchte, wo er

sich in der Schweiz aufhält und mit wem er sich trifft. Eine Sprecherin der chinesischen Botschaft in Bern dementiert dies: «Weder die chinesische Botschaft in Bern noch die permanente Mission in Genf haben jemals jemanden geschickt zur Überwachung einer Privatperson in der Schweiz.»

«Das kann ich nicht glauben», sagt Golog beim Gespräch in Zürich. Der heute 45-Jährige trägt eine rote Mönchsrobe, darüber eine rote Daunenjacke. In seiner roten Umhängetasche steckt ein iPad. Er ist einer der prominentesten Vertreter der tibetischen Exilgemeinschaft in der Schweiz und einer der wenigen, der offen über seine Erfahrungen spricht. Die Gesellschaft für bedrohte Völker hat in den letzten Monaten Interviews mit ihm sowie weiteren politisch aktiven Exiltibetern geführt. Die meisten sagen nur anonym aus.

Ihre Recherchen zur Situation der Tibeter in der Schweiz hat die NGO diese Woche vorgestellt und eine Kampagne gestartet. Ihr Fazit ist klar: Chinas langer Arm mache sich auch in der Schweiz zunehmend bemerkbar. Die Versammlungs- und Reisefreiheit werde eingeschränkt, und die Überwachung von Tibetern habe zugenommen. Die Erfahrungen von Golog seien kein Einzelfall. Die chinesische Botschaft verweigere gewissen Exiltibetern die Ausstellung eines Reisepasses, und Peking versuche, jegliche Tibet-Kundgebungen mit Interaktionen bei den Behörden zu unterbinden - zuweilen mit Erfolg. Frappant ist die Schilderung einer Protestaktion in Basel im Jahr 2014: Während der Ansprache der ehemaligen chinesischen Botschafterin in der Schweiz am Mondfest hielten junge Exiltibeter Schilder mit der Aufschrift



Hier am Platzspitz sei er fotografiert worden, sagt der Mönch Golog Jigme Gyatso. (Zürich, 7. März 2018)

«Free Tibet» hoch, als eine Aktivistin von chinesischen Sicherheitskräften zu Boden gedrückt wurde. Die Szene ist auf einem Video festgehalten und hatte eine Strafanzeige zur Folge, die aber im Sand verlief.

Auf Anfrage dieser Zeitung berichtet eine andere Aktivistin, wie ihr Computer ständig abstrüze, seit sie sich für Tibet engagiere. Einmal seien auch plötzlich chinesische Schriftzeichen über den Bildschirm geflimmert. Ein andermal sei ein E-Mail-Verkehr in Hongkong abgefangen worden war. «Wir kommunizieren inzwi-

schen nur noch mit Decknamen und verwenden Codewörter für die Orte, wo wir uns treffen», sagt eine dritte junge Frau.

Besuch vom Geheimdienst

Dass diese Massnahmen nicht der Paranoia entspringen, beweist folgende Episode: Wir schreiben das Jahr 2015, als es bei einer Aktivistin an einem Morgen plötzlich läutet. Auch sie möchte ihren Namen nicht in der Zeitung lesen. Vor der Tür steht ein Mitarbeiter des Nachrichtendienstes des Bundes. Der Mann bittet sie, ihm ihre Erfahrungen und Beob-

achtungen an Kundgebungen zu schildern und ihm künftig Auffälliges zu melden. Zuletzt bietet er Hilfe an, falls sie ihre elektronischen Geräte einem Spionage-Check unterziehen wolle.

Auf Anfrage nimmt der Nachrichtendienst zu seinem konkreten Vorgehen in Bezug auf die Überwachungsvorwürfe der Tibet-Gemeinschaft nicht Stellung. Sprecherin Isabelle Graber bestätigt aber, dass Peking in der Schweiz zunehmend selbstbewusst und fordernd auftrete, «unter anderem in Bezug auf die tibetische Exilgemeinschaft».

In Kürze

Neuenburg: Protest gegen Sparpolitik

Rund 1000 Personen haben am Samstag in Neuenburg gegen die Sparvorgaben des Kantons demonstriert. Organisiert wurde die Kundgebung von linken Parteien, Gewerkschaften und Verbänden. Der Finanzplan der Regierung sieht bis 2020 zahlreiche Sparmassnahmen vor, um wieder schwarze Haushaltszahlen zu erreichen. Die Protestbewegung kritisiert, dass die Schwächsten am meisten von der Sparpolitik betroffen würden. Der Kanton solle die Schuldenbremse aufheben und neue Einnahmequellen generieren. (sda)

SP will Angestellten mehr Rechte geben

Mitarbeitende in Unternehmen müssten mehr Mitbestimmungsrechte erhalten. Dieses Fazit zieht die SP aus einer zweitägigen Wirtschaftstagung, die sie gemeinsam mit dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund abhielt. Angestellte würden in der Schweiz zu wenig in Entscheidungsprozesse einbezogen, hält die SP in einem Communiqué vom Samstag fest. (sda)

Arbeiter durch Stromschlag getötet

Ein Arbeiter ist am Freitag nachmittag beim Bahnhof Wettingen im Kanton Aargau durch einen Stromschlag getroffen und getötet worden. Der 27-jährige Ungar geriet wohl mit einer Leiter in eine SBB-Fahrleitung. Wie die Polizei mitteilte, erlitt auch ein 32-jähriger Deutscher durch den Stromschlag Verletzungen. Mit Verbrennungen wurde der Mann ins Spital eingeliefert. (sda)

Bei Selbstunfall ums Leben gekommen

Ein 39-jähriger Autolenker ist in der Nacht auf Samstag in Lyss im Kanton Bern tödlich verunglückt. Wie die Polizei bekanntgab, war der Mann mit seinem Auto von der Strasse abgekommen und hatte einen Zaun durchbrochen. (sda)

Schlechtgestellte Hausangestellte

Trotz Meldepflicht arbeiten nach wie vor viele Hilfen in Privathaushalten schwarz und für wenig Geld. Vor allem Pflegende verdienen wenig.

Andreas Schmid

«Für eine Putzfrau im Privathaushalt zählt jeder Franken», sagt Daniela Aloisi von der Sozialversicherungsanstalt des Kantons Zürich. Deshalb sei es besonders wichtig, dass ihr Lohn korrekt abgerechnet werde.

Seit 2008 gilt das Bundesgesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit. Seither müssen Arbeitgeber Hausangestellte melden und für sie Sozialversicherungsbeiträge abgeben. Ende 2008 hatten im Kanton Zürich 17000 private Arbeitgeber eine Assistentkraft registrieren lassen, 2017 hatten bereits fast 47000 Haushalte Angestellte gemeldet. Laut Aloisi kommen durchschnittlich immer noch jedes Jahr 6500 neue Hilfen hinzu. Das zeigt, dass Schwarzarbeit in die-

sem Sektor verbreitet war und ist, denn es wurden kaum so viele Hilfskräfte in einem Jahr neu engagiert. Ein guter Teil arbeitet nach Expertenmeinungen schon länger in Haushalten. Die Sensibilisierung steige aber, sodass die Zahl der privaten Arbeitgeber stetig steige, sagt Aloisi. In anderen Kantonen entwickelt sich der Meldebestand ähnlich.

Das Amt für Wirtschaft und Arbeit des Kantons Zürich stellte 2017 bei Kontrollen im Haushaltsektor 63 Gesetzesverstöße fest, wie Sprecherin Lucie Hribal sagt. Im Vorjahr waren es noch 42 und 2015 erst 29 Verfehlungen gewesen. Hribal sagt dazu, es liege in der Natur der Sache, dass die festgestellten Fälle von Schwarzarbeit nur einen Teil der effektiven Vergehen abbildeten.

Das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) gibt bekannt, dass Kontrollen in den Jahren 2015 und 2016 in zehn Prozent der überprüften Fälle Verstöße gegen Lohn- und Arbeitsbedingungen ergeben hätten. In den

Jahren zuvor hatte diese Quote sogar 13 Prozent betragen, was die Anfälligkeit der Branche für Schwarzarbeit und Lohndumping deutlich macht. Seco-Sprecher Fabian Maienfisch betont denn auch, die Kantone würden den Sektor weiter genau beobachten.

Die Firma quitt.ch hat für die «NZZ am Sonntag» rund 5000 Verträge ausgewertet. Das Unternehmen erledigt für private Arbeitgeber Anmeldungen und Abrechnungen der Sozialversicherungsbeiträge. CEO Marie-Christin Kamann sagt, nach wie vor sei von einer beträchtlichen Schwarzarbeitsquote auszugehen, weil der öffentliche Druck gering sei. Einerseits passiere wenig, wenn illegal beschäftigte Reinigungs- und Pflegehilfen oder Babysitter aufflogen. «Aus Bequemlichkeit melden gewisse Arbeitgeber deshalb ihre Hausangestellten nicht.» Andererseits wüssten viele gar nicht, dass sie bezahlte Hilfskräfte angeben und für sie AHV-Beiträge bezahlen müssten. Umso wichtiger sei es,



Die meisten Hausangestellten arbeiten als Reinigungshilfen.

dass die kantonalen Stellen weiter auf die Meldepflicht und einfache administrative Abrechnungsverfahren hinwiesen.

Die von quitt.ch analysierten Verträge zeigen, dass Reinigungshilfen brutto rund 27 Franken pro Stunde verdienen. Das private Pflegepersonal hat laut der Statistik einen tieferen Bruttostundenlohn von durchschnittlich knapp 26 Franken. Kantonal zeigen sich beträchtliche Unterschiede: In Schwyz werden Hausangestellte, die Putzarbeiten erledigen, mit 28 Franken 50 in der Stunde entschädigt; im Kanton Genf erhalten sie weniger als 24 Franken. Im Pflegesektor variieren die Stundenlöhne noch stärker. Sie liegen zwischen 22 und 30 Franken.

Diese Bruttolöhne erscheinen recht niedrig, liegen aber deutlich über den vom Seco vorgeschriebenen Mindestsälären in der Hauswirtschaft. 18 Franken 90 pro Stunde für Ungelernte und 20 Franken 75 für Angestellte mit vier Jahren Berufserfahrung sind als Minimum vorgegeben.